

Enttäuschung im Parlament - Hoffnungsvoller Blick Richtung Rat

EU-Lieferkettengesetz

Was in Deutschland seit Beginn dieses Jahres Realität ist, soll auch auf europäischer Ebene kommen: Das EU-Lieferkettengesetz. Im Europäischen Parlament wurden heute die Weichen gestellt und der deutlich verschärfte Kompromiss des Rechtsausschusses angenommen. Die Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM Europe), Markus Pieper (CDU) und Markus Ferber (CSU) sind enttäuscht über die Haltung des Parlaments und kritisieren den „Vorstoß“ scharf. Die Hoffnung liegt jetzt auf den bevorstehenden Trilog-Verhandlungen und auf dem Rat, eine umsetzbare und für die europäische Wirtschaft verträgliche Linie noch durchzusetzen.

„Wir sehen an Deutschland, dass insbesondere kleine und mittlere Betriebe vor großen Herausforderungen stehen. Dass Kommission und Parlament weiter gehen und zehntausende Unternehmen dazu verpflichten wollen, ihre gesamte Wertschöpfung zu durchleuchten, zeigt ein Mal mehr den ideologischen Charakter der europäischen Gesetzgeber. Nicht nur geht der Vorschlag weit über das deutsche Lieferkettengesetz hinaus. Es drohen umgreifende Berichtspflichten und ein Flickenteppich hinsichtlich der Implementierung in den Mitgliedstaaten. Ein Anwendungsbereich ab 250 Mitarbeitern, eine breit anzuwendende zivilrechtliche Haftung, etc. - das sind Vorschläge, die Mehraufwand ohne jeglichen Mehrwert bedeuten. Vor allem dem Mittelstand fehlen die Ressourcen zur Bewältigung der neuen Vorgaben. Der Rat muss eine realitätskonforme Haltung durchsetzen“, so Markus Pieper.

Markus Ferber ergänzt hierzu: „Entgegen der Ankündigung der Kommissionspräsidentin Berichtspflichten verringern zu wollen, erschafft Brüssel mit diesem Gesetzesvorschlag das nächste Bürokratiemonster. Natürlich tragen Unternehmen Verantwortung für ihr Handeln. Doch europäische Unternehmen in unserer komplex vernetzten Welt, zu verpflichten über Grenzen und Kontinente hinweg Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung zu überwachen und bestenfalls zu beheben, ist an der Realität vorbei. Es schafft Rechtsunsicherheit und Wettbewerbsnachteile. Vor allem gegenüber denjenigen, die weitaus niedrigere Standards hinsichtlich ihrer globalen Geschäftspraktiken an den Tag legen. Dieses komplexe Regelwerk schafft eine Verantwortungslast für Unternehmen, die insbesondere für indirekt betroffene KMUs schwer zu stemmen ist.“